



NEWSLETTER, SEPTEMBER 2017

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,
sehr geehrte Damen und Herren und Interessierte,
diese Themen finden Sie heute in unserem Newsletter:

- Wahlprüfsteine für die Bundestagswahl
- Volksinitiative zum Schutz des Wassers
- Fracking im Fokus der Bergbehörde
- Freihandelsabkommen CETA vorläufig teilweise in Kraft getreten

Wahlprüfsteine für die Bundestagswahl

Die Bürgerinitiative gegen CO₂-Endlager hat an die Parteien zur Bundestagswahl je zwei Fragen zu Fracking und CCS (Kohlendioxidabscheidung und -endlagerung) gestellt. Gefragt wurde, wie die jeweilige Partei Fracking und CCS in der nächsten Legislaturperiode regeln will und ob ein Fracking- bzw. CCS-Verbot eine Koalitionsbedingung wäre.

Für die Übersicht der eingegangenen Antworten (nach Eingangsdatum) soll diese Tabelle dienen.

Partei (nach Antworteingang)	Fracking wird abgelehnt	Frackingverbot ist Koalitionsbedingung	CCS wird abgelehnt	CCS-Verbot ist Koalitionsbedingung
ÖDP				
Bündnis90/ Die Grünen				
Die Linke				
CDU				
FDP				
SPD				
AFD				
Piraten				
Keine Antwort	Ja	Nein		

Die vollständigen Antworten finden Sie auf unserer Homepage unter <http://keinco2endlager.de/btw2017-wahlpruefsteine-zu-ccs-und-fracking/>. Dort werden wir auch nachträglich eingehende Antworten veröffentlichen.

Die Themen CCS und Fracking sind wieder hochaktuell. Für CCS soll nach dem Willen von Politikern der CDU und SPD in der nächsten Legislaturperiode ein neuer Anlauf unternommen werden. Auch international wird dieses Thema wieder verstärkt als Klimaschutzoption dargestellt. In Niedersachsen sucht das Bergamt einen Spezialisten für Fracking. Die Antworten der Parteien sollen eine Orientierung geben, wer die Risikotechnologien unterstützt.

Volksinitiative zum Schutz des Wassers

Für die gemeinsam mit weiteren Bürgerinitiativen, dem BUND, dem BBU, Verbänden und der Piratenfraktion gestartete Volksinitiative zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes des Landes sowie des Verwaltungsrechts wurden jetzt schon über 7500 Unterschriften gesammelt, und die Anzahl der eingegangenen Unterschriften nimmt stetig zu. Damit sind wir dem Ziel ein gutes Stück näher gerückt. Es bleibt aber noch einiges zu tun. Deshalb bitten wir darum, dass sich jeder mindestens eine Liste herunterlädt, beidseitig ausdruckt und mindestens 10 Unterschriften von Wahlberechtigten aus Schleswig-Holstein sammelt. Das sollte für jeden machbar sein und würde

unser Anliegen stark unterstützen. Es reicht, die Liste in s/w auszudrucken.

<http://viwasser.de/files/Volksinitiative%20Wassergesetz%20SH.pdf>

Ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages hat bestätigt, dass die Kompetenz der Länder, Fracking über das Wasserrecht zu verbieten, weiterhin offen ist. Diese Chance müssen wir nutzen. <http://vi-wasser.de/files/WD%203-049-17.pdf>

Bitte sammelt alle möglichst viele Unterschriften für unsere VI zum Schutze des Wassers !

Fracking im Fokus der Bergbehörde

Die auch für Schleswig-Holstein zuständige Bergbehörde (LBEG) sucht derzeit einen Fachmann für Fracking und das Verpressen von Lagerstättenwasser, bzw. hat ihn wohl bereits gefunden. Damit sind alle Behauptungen widerlegt, dass Fracking vom Tisch sei. Umso wichtiger ist es, Fracking über das Landeswasserrecht zu verbieten.

<http://vi-wasser.de/files/Volksinitiative%20Wassergesetz%20SH.pdf>

Freihandelsabkommen CETA teilweise vorläufig in Kraft getreten

CETA wurde vorläufig teilweise in Kraft gesetzt. Damit sind die Regierungen verpflichtet, vor Gesetzesänderungen die Bergbauindustrie zu konsultieren. CETA wird Fracking in Europa deutlich erleichtern und die Regierungen durch mögliche Schadensersatzforderungen der Bergbauindustrie so stark unter Druck setzen, dass unser Widerstand deutlich erschwert würde. <http://vi-wasser.de/files/Volksinitiative%20Wassergesetz%20SH.pdf>

Nur gemeinsam sind wir stark im Widerstand gegen CO2-Endlager und Fracking. Bitte unterstützen Sie uns!

V.i.S.d.P.: Dr. Reinhard Knof

Spendenaufruf:

Wenn jeder nur 10,- € gäbe, würde es unsere Arbeit sehr erleichtern.

Für unsere Arbeit, wie z.B. den Druck von Plakaten und Flyern und laufenden Kosten benötigen wir neben unserem ehrenamtlichen Engagement auch Geld.

Wir bitten deshalb um Spenden, die bis zu einer Höhe von 200 Euro durch den Überweisungsbeleg direkt steuerlich geltend gemacht werden können. Für höhere Summen erstellen wir eine Spendenbescheinigung für das Finanzamt. Überweisungen bitte auf das hier angegebene Konto der als gemeinnützig anerkannten Bürgerinitiative gegen CO2-Endlager e.V. tätigen.

IBAN: DE86 2176 3542 0007 7190 19 BIC: GENODEF1BDS bei der VR-Bank

Mehr Infos unter:

<http://www.kein-co2-endlager.de/>

<https://www.facebook.com/pages/Kein-CO2-Endlager/175897405789374>

https://twitter.com/ccs_stoppen

